
Ergänzungsantrag der Linksfraktion Ludwigshafen; Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge

KSD 20151883

 **Linksfraktion Ludwigshafen**

Linksfraktion Ludwigshafen | Heinigstr. 25 a| 67059 Ludwigshafen

Stadtverwaltung Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

Linksfraktion Ludwigshafen

Heinigstraße 25a
67059 Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello
Fraktionsvorsitzender

Tel. 0621 15400838
Mobil 0176 72991229

Sabine Gerassimatos
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Tel. 0621 15402598
Mobil 0176 72991234

info@linksfraktion-ludwigshafen.de
www.linksfraktion-ludwigshafen.de

**Antrag zur Stadtratssitzung am 02.11.2015:
Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

Ludwigshafen, den 24. Oktober 2015

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse,

zur Stadtratssitzung am 02.11.2015 wird folgender Antrag gestellt:

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, mit den zuständigen Krankenkassen Verhandlungen zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 1 SGB V zu führen mit dem Ziel des Abschlusses einer Vereinbarung zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach dem „Bremer Modell“ im Zuständigkeitsbereich der Stadt Ludwigshafen.

Antragsbegründung:

Die Stadt Ludwigshafen steht mit der dauerhaften Aufnahme von in diesem Jahr voraussichtlich 1250 Flüchtlingen vor immensen Herausforderungen. Die Verwaltung hat sich dieser Herausforderung angenommen. Viele Maßnahmen wurden eingeleitet und Weichen gestellt. Eine zentrale Aufgabe der Kommunen besteht darin, die Gesundheitsversorgung von in Ludwigshafen lebenden Flüchtlingen zu gewährleisten. Diese richtet sich nach den § 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes. Danach haben Asylbegehrende nur einen eingeschränkten Anspruch auf ärztliche Behandlung und Arzneimittel. Im Kern handelt es sich nur um eine Notfall- und Schmerzversorgung.

Die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge hat für alle Seiten Vorteile. Einerseits können Flüchtlinge unverzüglich einen Arzt aufsuchen. Dies macht es für sie nicht nur einfacher, die Behandlung kann auch schneller erfolgen, was beim Vorliegen einer schweren Erkrankung entscheidend sein kann.

Andererseits spart die Stadtverwaltung Kosten: Durch Honorarverhandlungen zwischen den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung und der Aushandlung von Medikamentenrabatte. Die Kosten für die eigentliche Behandlung ihrerseits werden nicht steigen. Denn der Leistungskatalog des Asylbewerberleistungsgesetzes ändert sich durch die Einführung einer Gesundheitskarte nicht. Der Facharzt (an den evtl. der GO-LU-Arzt überwiesen hat) rechnet nicht mehr mit der Stadt, sondern der Krankenkasse ab. Die kassenärztliche Vereinigung prüft die Abrechnung und erstattet dem Facharzt die Kosten. Diese werden dann von der Stadt an die Kasse entrichtet. Für die Stadt entfällt dadurch der Verwaltungsaufwand, um die Arztrechnung auf Richtigkeit zu prüfen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name or set of initials.

Fraktionsvorsitzender

